

der Ideen in den historischen Bereich konkreter Sachentscheidungen herabzubeben, oder wenigstens die soziologische Struktur der SPD und übrigens jeder politischen Partei, die unlösbare Verbindung von „Programm“ und „Machtpolitik“ nicht außer acht zu lassen. Wer freilich nur das bescheidene Ziel der Vermittlung persönlicher Bekanntschaft im Auge hatte, wird die Tagung als wohlgeungene akademische Veranstaltung bezeichnen dürfen.

Politische Prophetie im Bundestag

Was bedeutet die Rede von Dr. Heinemann?

Das Echo, das der SPD-Abgeordnete Dr. Gustav Heinemann, Mitglied des Rates der EKD, mit seiner nächtlichen Rede im Bundestag am 23. Januar 1958 ausgelöst hat, erfordert eine sorgfältige Untersuchung. Sie ist notwendig aus politischen Gründen, um die hier zum Ausdruck kommende Wirklichkeit mit ihren etwaigen Möglichkeiten richtig abzuschätzen; sie ist auch notwendig aus Solidarität mit den Sorgen der evangelischen Christen, mit denen wir in gemeinsamer Verantwortung stehen. Wir lassen dabei selbstverständlich den Gegenstand der politischen Aussprache, die Methoden und Ziele der Außenpolitik des Bundeskanzlers, aus dem Spiel wie auch die harte Forderung Heinemanns nach seinem Rücktritt. Dagegen müssen wir die kirchlichen und theologischen Hintergründe erkunden, die hier in die Politik eingebrochen sind, eine Erkundung, die weitgehend durch Meldungen der Herder-Korrespondenz über die verschiedenen Phasen der politischen Krise innerhalb der EKD vorbereitet worden ist (vgl. 7. Jhg., S. 111 über die Generalsynode von Elbingerode 1952; 9. Jhg., S. 260 über die Synode von Espelkamp 1955; 9. Jhg., S. 403 f. über die lutherische Generalsynode in Weimar 1955; 10. Jhg., S. 553 über das von Dr. Heinemann organisierte Votum gegen die Wehrpflicht auf der Synode von Berlin 1956 mit dem anschließenden Frieden in Frankfurt a. M., 11. Jhg., S. 46; die gegenseitige Verklagung von Heinemann und Landesbischof Lilje wegen der „Theologie der Aufrüstung“, 11. Jhg., S. 229).

Daß die Rede von Dr. Heinemann, der im Grunde die auf den Generalsynoden der EKD ungelöst gebliebenen Streitfragen in den Bundestag getragen hat, eine ernstere Bedeutung hat, zeigt nicht nur eine Kundgebung des Rates der Evangelischen Kirche der Union (EKU) vom 5. Februar, in der es heißt, der Rat begrüße an der Bundestagsdebatte die Tatsache, daß dort „ein betontes Christuszeugnis“ laut geworden sei. Man könnte dazu vielleicht noch sagen, daß eben im Rate der EKU die alten Kämpfer der Bekennenden Kirche die Führung haben, die sich hinter ihren Präses stellen, so wie sie die sogenannte „politische Prophetie“ der Bekennenden Kirche mittragen, auf die wir noch zu sprechen kommen (vgl. dazu jetzt den Artikel „Bekennende Kirche“ im neuen „Staatslexikon“, Bd. I, Sp. 996 ff.). Bemerkenswerter war eine „Anmerkung“ von Landesbischof Dr. Lilje im „Sonntagsblatt“ (2. 2. 58), wenn man sich dessen erinnert, wie scharf Dr. Lilje seinen Mitbruder im Rat der EKD politisch und theologisch ablehnt — er verteidigte sich vor einem Jahr gegen den Vorwurf, er triebe eine „Theologie der Aufrüstung“, mit der Gegenklage, daß nach seiner Überzeugung „die Einheit der evangelischen Christenheit durch die Theologie der Abrüstung auf das

schwerste belastet ist und daß die Kirche sich an solchen theologischen Irrtümern den Tod holen wird“.

Intervention von Landesbischof Lilje

Und nun schreibt Dr. Lilje, der es natürlich beklagt, daß niemand von der CDU-Fraktion Heinemann sogleich in einer souveränen, von der Autorität der Sache getragenen Antwort begegnen konnte, folgendes: „Das erste hervorragende Kennzeichen der Rede Heinemanns, das in einer in unserer Parlamentsgeschichte ganz seltenen Reinheit hervortrat, war ihre Sachlichkeit.“ Ihre Wirkung sei darin zum Ausdruck gekommen, „daß diese mittenächtliche, in der Nervenkraft überanstrengte parlamentarische Versammlung zeitweilig in betroffenem atemlosem Schweigen zuhörte. Und Heinemann selbst machte zugleich deutlich, daß das, was er sagte, nicht aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern aus dem Gebot seines Gewissens entsprang.“ Ferner: „Das zweite Merkmal dieser Rede war ihre christliche Ausrichtung. Gerade ihretwegen ist Heinemann von einigen nachfolgenden Rednern gerügt worden, sicherlich zu Unrecht. Das gegenwärtige deutsche Parlament hat eine so unmittelbare und substantielle christliche Redeweise wahrscheinlich noch nicht gehört. Heinemanns Satz: ‚Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben‘, der — leider! — noch oft zitiert werden wird, wird von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden. Man kann ihn gewiß nicht mit lehrhaften Hinweisen auf Taktfragen beantworten, sondern höchstens, indem man klar zu sagen versucht, warum ein solcher Satz nicht als Basis konkreter politischer Entscheidungen verwendbar ist. Gerade zu dieser Seite der Heinemannschen Rede wäre viel zu sagen gewesen, nicht zuletzt zu seiner Verwendung der Verlautbarung des Weltrates der Kirchen von New Haven.“

Es ist dabei nicht erforderlich, zu unserer Prüfung der Rede Heinemanns, die im vollen Wortlaut „Das Parlament“ (Nr. 4 vom 29. 1. 58) veröffentlicht hat, auch noch Vorwürfe heranzuziehen, wie etwa von Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, daß Heinemann „die Urangst vor der Vernichtung“ ausgebeutet habe, oder von der Bundestagsabgeordneten Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, die in „Christ und Welt“ gerade den von Dr. Lilje herangezogenen Kernsatz, daß Christus nicht gegen Karl Marx... gestorben sei, besonders anprangert, weil er eine halbe Wahrheit aussage und einen Mißbrauch des Evangeliums darstelle.

Heinemanns kirchliche Thesen

Welches sind nun Heinemanns kirchliche Thesen? Abgesehen von dem schon zitierten Glaubenssatz, der natürlich eine halbe Wahrheit ist; denn Christus ist zwar nicht gegen den Menschen Karl Marx, sondern auch für ihn gestorben wie für alle Christen und alle Marxisten, wohl aber ist er gestorben gegen seine gottlose wie gegen manche andere fromme oder säkulare Ideologie. Das wäre gute Theologie der Bekennenden Kirche, die man aus der Barmer Theologischen Erklärung belegen kann. Auch Heinemann hätte gut daran getan, diese seine Theologie eindeutig vorzutragen. Dazu gehört dann auch sein anschließender Satz über die politische Aufgabe, man solle „ein unerschütterliches Nein zum totalitären System verbinden mit dem Ja zur Nachbarschaft der totalitär regierten Ostvölker“. Dieser Satz ist die Anwendung einer theologischen These, wonach der Christ ein Nein zum Irr-

tum seines Nächsten, aber ein Ja zu dem Bruder selbst sprechen soll, eine Anwendung, die im politischen Raum für die Führung einer Außenpolitik nur nach politischen Maßstäben durchführbar ist, und somit fällt Heinemanns Satz unter den Verdacht, politisches Schwärmertum zu sein, worüber auf den erwähnten Generalsynoden der EKD von lutherischer Seite viel gesagt worden ist. (Vgl. auch Helmut Thielicke, „Christliche Verantwortung im Atomzeitalter“. Evangelisches Verlagswerk Stuttgart 1957. 131 S.)

Substantieller sind Heinemanns Belege über Äußerungen von Teilen der evangelischen Kirchen. Zunächst erwähnt er, um eine wachsende „Bewegung“ im evangelischen Raum zu beweisen, die Erklärung der sechs Dekane der theologischen Fakultäten in der DDR vom April 1957, in der sie ihren Dank an die Göttinger Professoren aussprachen und mit ihnen eine Ächtung der Atomwaffen forderten. Eine solche Ächtung ist bereits seit der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam immer wieder angestrebt, aber nie ohne politische und theologische Bedenken beschlossen worden. Dennoch darf Dr. Heinemann darauf verweisen, daß diese Erklärung der Dekane von sämtlichen evangelischen Bischöfen in der DDR einschließlich D. Dibelius aufgegriffen worden sei, ferner von einer Mehrzahl der Kirchenleitungen in Westdeutschland. Heinemann bleibt aber die Beweisführung schuldig, ob diese Erklärungen mehr sein wollten und konnten als eine „Schärfung der Gewissen“ für alle Staatsmänner, oder ob sie die bisher noch eingehaltene Linie der EKD schon überschreiten, den Regierungen keine politischen Weisungen vorzuschreiben, was übrigens gegen den 5. Artikel der Barmer Theologischen Erklärung verstoßen würde (vgl. Herders Taschenbuch Nr. 10, S. 163).

Heinemann zitiert sodann aus der Synode der Kirche der Union, über die wir kurz berichtet haben (vgl. ds. Jhg., S. 171 ff.), eine EntschlieÙung, in der es u. a. heißt: „Die Synode bekennt sich zu der vergebenden Langmut Gottes, der seinen Menschen auch in den notvollsten Verhältnissen das Leben schenkt und erhalten will bis an den Tag, an dem er selbst die Welt und ihre Geschichte an sein Ziel bringt. Darum verwirft die Synode alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden. In ihrer Mitverantwortung für den Frieden in der Welt und für die Heilung des Risses, der durch unser Volk geht, warnt die Synode nicht nur vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen. Sie warnt jeden Einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und den Menschen schuldig zu werden.“ Diese Warnung grenzt nahe an eine Aufforderung zum Widerstand. Es dürfte zutreffen, was Heinemann behauptet, daß in dieser EntschlieÙung eine Zunahme des Widerstandes gewisser evangelischer Kreise gegen eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu sehen ist, wie sie schon einmal anläßlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu der Androhung eines „seelsorgerlichen Notstandes“ geführt hatte. Dazu gehört auch eine analoge Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche des Rheinlandes wie der politisch sehr aktiven rheinischen Pfarrerbruderschaft, außerdem der württembergischen

Landessynode, in der die sogenannte „Sozietät“ nicht ohne Einfluß ist. Hier haben wir es in der Tat mit einem Phänomen jenes schon erwähnten „prophetischen Wächteramtes“ der Bekennenden Kirche zu tun, und es ist gut, daß Dr. Heinemann wieder einmal nachdrücklich auf dieses Phänomen hingewiesen hat. Darüber muß nun einiges gesagt werden, wobei es freilich nur in seinen Grundzügen dargestellt werden kann.

Das „prophetische Wächteramt“

Die Entdeckung dieses prophetischen Amtes geschah im Kirchenkampf gegen den nationalsozialistischen Staat und seine Häresien. Sie fand ihren ersten Niederschlag in der Barmer Erklärung der 1. Bekenntnissynode von 1934 und wurde in größter Steigerung vollmächtig von der Dahlemer Preußensynode im März 1935 angewandt, wo unter Berufung auf Ezechiel 3, 17 ff. in Verantwortung für die Seele des deutschen Volkes das nationalsozialistische Neuheidentum als gottwidrig verdammt wurde. Grundlage dafür ist Artikel 1 von Barmen, wonach Jesus Christus die einzige Offenbarung ist und die Kirche keine anderen Ereignisse und Mächte der Geschichte als Offenbarung anerkennen könne. Das wird auch dahin verstanden, daß sie keinen bestimmten politischen Mächten, die sich christlich nennen, eine höhere Dignität zuerkennen kann als unchristlichen Mächten, daß sie also nicht ihre Verkündigung in den Dienst eines „christlichen Staates“ oder einer christlichen Partei stellen könne. Im Kirchenkampf haben viele Evangelische aus Erfahrungen mit dem politischen Mißbrauch des Christentums eine tiefe Distanz zu jeder politischen Macht überhaupt gefunden und die überlieferte Gleichung von Thron und Altar zerrissen. Der Staat wird zwar als Gottes Ordnung anerkannt, aber eine christliche Würde kommt ihm nicht zu, da er in die Welt der Sünde gehört und nur eine Erhaltungsordnung Gottes ist. Diesem Staat gegenüber nimmt die Kirche nach Artikel 5 von Barmen das Recht in Anspruch, ihn an Gottes Gebot und Gerechtigkeit, aber auch an Gottes Reich zu erinnern.

Dieses Recht nun überschreitet in dem Augenblick die lutherische Linie einer Trennung von Gesetz und Evangelium, von Gottesreich und Weltreich, und gerät in die kalvinistische Linie einer direkten Unterordnung des Staates unter die Herrschaft Christi, wie sie im 2. Artikel von Barmen virtuell enthalten ist, sobald die Kirche „in Verantwortung für den Frieden“ eine direkte Verurteilung des Krieges oder des Kriegsdienstes, und zwar dieses Krieges der Massenvernichtungsmittel versucht, der kein Krieg mehr ist. So geschah es in einer Kundgebung der 4. Sektion der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam 1948 wenigstens in Form einer Teilmeinung (vgl. Großer Herder Bd. X bzw. Herders Großes Bildungsbuch Sp. 1449). In dieser Richtung lag auch die Kundgebung der „Friedenssynode“ der EKD in Berlin-Weißensee 1950. Der Ausdruck „in Verantwortung für den Frieden“ steht auch in der von Heinemann zitierten Kundgebung der EKSynode.

Diese Erweiterung des prophetischen Amtes gemäß der Barmer Theologischen Erklärung — bereits 1938 in der Bittliturgie der Bekennenden Kirche während der Tschechenkrise versucht! — in Richtung auf eine prophetische Deutung der weltpolitischen Situation überhaupt, insbesondere der Situation des durch ein Gottesgericht zerteilten deutschen Volkes, wird seit 1948 ständig geübt,

aber sie erlangte auch auf der kritischen Generalsynode der EKD zu Elbingerode 1952 keine allgemeine Zustimmung. Man würde der Tiefe des hier waltenden eschatologischen Glaubensbewußtseins nicht gerecht, wenn man nur tagespolitische Urteile darauf anwendet oder eine politische Torheit darin sieht. Dahinter steht eine alttestamentliche Geschichtsdeutung: sowenig wie der Prophet Isaias dem König von Juda gestattete, in seiner Isolierung zwischen Babylon und Ägypten zu seiner Sicherheit ein Bündnis mit einem dieser heidnischen Weltreiche zu schließen und damit seinen Glauben auf die Hilfe Gottes preiszugeben, sowenig soll das gerichtete deutsche Volk sein Heil beim Westblock oder beim Ostblock suchen, sondern es soll sich aus diesem mörderischen Konflikt heraushalten, ja sich Gott zum Knechtsdienst des Friedens zur Verfügung stellen.

Das deutsche Volk hat aber nicht die Verheißung des Bundesvolkes Israel, also auch nicht die Verheißung der Wiedervereinigung und des Bestandes bis zum Jüngsten Gericht (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 192). Und doch wird von diesen Kreisen Deutschlands Neutralität nicht nur als politische, sondern zugleich als eschatologische Aufgabe des Gehorsams gegen Gott verstanden, der den Frieden will, und er verbietet dem deutschen Volk, das schuldig am letzten Krieg ist, die Wiederaufnahme der Waffen. Im Dienste dieser „Politik“ eines sogenannten „Dritten Ortes“, die z. B. auch 1951 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin eine so große Rolle spielte, wo Dr. Heinemann bereits dieselbe Linie vertrat wie jetzt im Bundestag (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 537 f.), standen auch die kirchlichen Anknüpfungen mit dem Moskauer Patriarchat (vgl. u. a. „Wort und Wahrheit“, Oktober 1955, S. 721 f.). Psychologisch steht dahinter auch ein ausgesprochen protestantischer Selbsterhaltungswille, der im Namen der Einheit des deutschen Volkes zu sprechen glaubt und dabei wohl auch die frühere Vormachtstellung des Protestantismus in der deutschen Kultur und Politik nicht vergessen kann.

Damit sind die wichtigsten Grundelemente dieser politischen Prophetie wenigstens aufgezählt und einigermaßen belegt. Sie sind teils theologischer Natur, stark von Karl Barth abhängig, teils kirchenpolitischer Natur. Jedenfalls sitzen ihre Wurzeln in sehr tiefen menschlichen Erlebnissen, und man muß sich wohl darüber klar sein, daß diese Aktivisten der Bekennenden Kirche zu größerer politischen Wirkung gelangen könnten als bisher, falls ihre Prophetie als politische Propaganda mißbraucht wird und die Volksstimmung Anlaß findet, sei es aus Angst, sei es aus Mißtrauen gegen die Regierung, auf sie zu hören. Sie ist also wohl eine virtuelle Macht, und dahinter steht ein unbeugsamer und in schwerster Zeit bewährter christlicher Glaube. Das nötigt sogar ihren Gegnern, in diesem Falle Landesbischof Lilje, hin und wieder Achtung ab.

Die Kundgebung von New Haven

Und nun der letzte Punkt seiner Beweisführung für einen wachsenden Widerstand im evangelischen Raum gegen eine atomare Aufrüstung: die Erklärung des Zentralaussschusses des Weltrates der Kirchen von New Haven im August 1957. Dr. Heinemann zitierte daraus nur einen Satz, wie er sagte, und das geschah wohl nicht nur aus Zeitnot, den Satz nämlich: „Die Verurteilung solcher Methoden stützt sich auf die Tatsachenkenntnis, daß der

Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind, mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht mehr zu vereinen ist. Wir glauben, daß die Anwendung derartiger Kriegsmethoden unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes bedeutet.“ Heinemann fügte hinzu, die Regierung der DDR, der man diese Kundgebung übermittelt hatte, habe wenigstens darauf geantwortet, die Bundesregierung habe es bisher versäumt. Die Motive der Regierung der DDR für eine solche Antwort können uns hier gleichgültig sein. Der Bundesregierung wäre eine Beantwortung leicht gemacht, denn die Dokumente sind viel umfassender und realistischer, als Heinemann den Anschein erweckt hat.

Man kann sie nachlesen in dem gedruckten Protokoll des Zentralaussschusses (Minutes and Reports of the Tenth Meeting . . . Genf, 17 route de Malagnou, S. 62 bzw. S. 114). Was findet man dort? Das Statement des Zentralaussschusses ist zunächst nicht identisch mit der umfassenderen Vorlage der „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ (CCIA) vom 24. Juli 1957. Diese Vorlage enthält zur Ausschaltung der atomaren Kriegsgefahr eine Reihe von Vorschlägen, die in ihrem Realismus an Vorschläge Papst Pius' XII. in seiner Weihnachtsansprache von 1955 erinnern (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 179): ein Stopp der Kernwaffenversuche durch internationales Abkommen, die Einstellung der Produktion von Atomwaffen unter möglichst vollständiger Kontrolle, allgemeine Abrüstungsmaßnahmen für jede Waffenart unter Aufrechterhaltung der erforderlichen Sicherheit, Beschleunigung der internationalen Zusammenarbeit für die Entwicklung friedlicher Atomenergie und die Einrichtung eines wirksamen Apparates zur friedlichen Beilegung von Konflikten. Diese fünf Punkte werden als ein Ganzes vorgebracht; es wird aber gesagt, man müsse irgendwo anfangen.

Was hat der Zentralaussschuß mit der Vorlage der CCIA gemacht? Er dankt zunächst für diese Vorlage und wird sie den Mitgliedskirchen zur Beachtung empfehlen. Er richtet die besondere Verantwortung der Christen auf den Rüstungswettlauf in Atomwaffen und erinnert an die Botschaft der 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Evanston 1954 gegen den Gebrauch dieser Waffen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 564, und 9. Jhg., S. 45 f.). Er nimmt schließlich die wachsende Unruhe der verantwortlichen Wissenschaftler über die Wirkung der Kernwaffenversuche zur Kenntnis, die das Leben künftiger Generationen bedrohen, und erklärt: „Wir anerkennen, daß die Frage eines Abstoppens der Kernwaffenversuche in dem weiten Zusammenhang gesehen werden muß, der in der Erklärung der CCIA dargelegt ist. Wir stimmen dem zu, daß es nicht möglich ist, ohne Risiko nur einen Teil der genannten Abrüstungsfrage zu beginnen.“ Sodann wird aber mit Nachdruck gesagt, daß die Atomkriegführung gewisse sittliche Prinzipien berühre, wie es schon die Erklärung des Zentralaussschusses in Toronto 1950 gesagt habe. Nun folgt der von Dr. Heinemann zitierte schwerwiegende Satz: „Die Verurteilung solcher Methoden . . ., deren Anwendung unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde jeder Nation bedeutet, die davon Gebrauch macht.“

Die Frage des Weltrates

Dann heißt es weiter: „Wir sind zu der Frage genötigt, ob irgendein Volk gerechtfertigt ist, wenn es die Atomwaf-

fenversuche fortsetzt, da doch die Größe der Gefahr so wenig bekannt ist, und da es an wirksamen Mitteln gegen solche Gefahren fehlt. Wir müssen weiter fragen, ob irgendeine Nation gerechtfertigt ist, in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob sie diese Versuche fortsetzen soll, wenn andere Völker in allen Teilen der Welt, die damit nicht einverstanden sind, die Folgen zu tragen haben. Darum rufen wir jede Nation, die in den Versuchen fortfährt, sie möge voll und ganz ihre sittliche Verantwortung erkennen und sowohl an die internationale Sicherheit wie an ihre nationale Verteidigung denken.“ Zum Schluß werden die Schwierigkeiten einer solchen Entscheidung gewürdigt, aber es wird doch dringend geraten, als ersten Schritt wenigstens zeitweise und vorübergehend, sei es gemeinsam, sei es einzeln, die Versuche mit Kernwaffen einzustellen, in der Hoffnung, daß andere folgen werden und neues Vertrauen entsteht, worauf sich verbindliche Abkommen gründen lassen, ein Gedanke, der unseres Wissens schon einmal vom Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier geäußert worden ist.

Man sieht aus diesen beiden hier kurz referierten Dokumenten des verantwortlichen Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, daß es ihnen weder an sittlichem Ernst noch an politischem Realismus und praktischer Klugheit fehlt. Aber der eine von Dr. Heinemann zitierte Satz gibt weder die Bedeutung noch den Inhalt der Erklärung wieder, noch hat er einen sinnvollen Platz in der Bundestagsdebatte, die weder mit Atomwaffenversuchen noch mit Atomrüstungen zu tun hatte. Man kann das Dokument von New Haven in die Zeugnisse einer wachsenden Verantwortung der Christenheit für die Meisterrung des Friedens einreihen, und es kann sich päpstlichen Erklärungen würdig an die Seite stellen — was leider nie geschieht! Man kann es aber nicht im innerpolitischen Kampf ausschlagen, sondern sollte ihm wohl die Würde lassen, von hoher Warte das Gewissen der Regierungen und der Völker zu treffen. Über die besondere deutsche Situation sagt es überhaupt nichts aus.

Die Internationalen Katholischen Organisationen (Organisations Internationales Catholiques = OIC)

Es ist eine zwar bekannte, aber nicht genügend bewußte Tatsache, daß die Leistungen der Technik in wenigen Jahrzehnten den gesellschaftlichen Aufbau in der Welt grundlegend verändert haben. Nur langsam und mühsam gelingt es dem menschlichen Geist, die neugeschaffenen Tatbestände menschlichen Zusammenlebens in der Welt zu erfassen und Formen menschlicher Zusammenarbeit zu entwickeln, die den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Als etwas „Greifbares und Sichtbares“ (*Mystici Corporis*), in der Form eines soziologischen Gebildes also, das auch den Gesetzen der Geschichte unterworfen ist, lebt die Kirche in der sich ändernden Welt und hat darin ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie stellen sich der Hierarchie, den Orden, den Missionen und nicht zuletzt auch dem Apostolat der Laienorganisationen. Eine gedrängte Übersicht über die Tätigkeit und die organisatorischen Zielsetzungen der Laien in der heutigen Welt gibt Jean-Pierre Dubois-Dumée, der Präsident der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen, in der Veröffentlichung „Les catholiques et la vie internationale“ (Die Katholiken und

das internationale Leben), herausgegeben von der „Conférence des Organisations Internationales Catholiques et par le Comité Permanent des Congrès Internationaux pour l'Apostolat des Laïcs“.

Die Umwälzungen in der modernen Welt

Um die Notwendigkeit und die Ansatzpunkte katholischen Bemühens um die moderne Welt besser zu erfassen, stellt die kleine Schrift die wichtigsten Punkte der in ihrer Gesamtheit unübersehbaren Umwälzungen der heutigen Zeit etwa folgendermaßen dar: Die technische Revolution hat Produktions- und Arbeitsbedingungen geschaffen, die einen immer weiter wachsenden Teil der Menschheit materiell in die Abhängigkeit vom industriellen Produktionsprozeß gebracht haben, der dadurch weitgehend seine äußeren Lebensbedingungen bestimmt. Die den Produktionsprozeß beherrschende hochgradige Arbeitsteilung erzeugt ein sich stetig verdichtendes gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis der Menschen, die den Produktions- und Verteilungsprozeß über Ländergrenzen hinweg und Kontinente verbindend am Laufen halten müssen. Die einsetzende friedliche Verwertung der Kernenergie und die Automation werden diese Entwicklung noch beschleunigen. Gleichzeitig breiten sich die bis vor kurzem als Ausdruck westlich-abendländischer Zivilisation gewerteten Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen mit einer nicht zu übersehenden Geschwindigkeit über die ganze Welt aus und fügen die Welt mit Hilfe der modernen Verkehrsmittel zu einer Einheit zusammen.

Diese technische Revolution wird von einer kulturellen Revolution begleitet: Bei der Lektüre einer einzigen Zeitung kann der Mensch wissen, was sich in den vorausgehenden 24 Stunden in der ganzen Welt ereignet hat. Rundfunk und Fernsehen steigern noch die Gleichzeitigkeit des Überfalls der Ereignisse aus aller Welt auf den einzelnen Menschen. Nicht nur die Meldung der Ereignisse, sondern auch die Ansicht in Fernsehen und Film und die Beschreibung des Lebens und der Eigenheiten aller Menschen in Rundfunk und Lektüre erreichen den einzelnen dauernd und erweitern seinen Gesichtskreis. Daraus ergibt sich eines der wichtigsten Phänomene unserer Zeit: Die Kirche im Dorf ist nicht mehr der Mittelpunkt des kulturellen Universums. Ein Rundfunk- oder Fernsehgerät bedeutet eine neue Orientierung und bringt den Besitzer in Verbindung mit den verschiedensten Denk- und Lebensweisen und stellt damit die ganze überlieferte Bildung in Frage. Man mag bedauern, daß dieser Tatbestand bei den Schwachen Indifferenz und Zweifel hervorruft. Man kann sich auch darüber freuen, daß bei den Starken Glaube und Persönlichkeit auf die Probe gestellt und vertieft werden. Der Prozeß ist auf jeden Fall unaufhaltsam. Die moderne Kultur wird davon bedingt. Die Katholiken stehen vor der Aufgabe, das Bestmögliche daraus zu machen.

In diese Weltsituation der rapiden Ausbreitung industrieller Produktionsmethoden mit ihren Folgeerscheinungen und des andauernden Angesprochenenseins des Menschen von den vielfältigsten Meinungen und Meldungen fällt das Erwachen der farbigen Völker Afrikas und Asiens: die mit kräftigen Mitteln verfochtene Forderung nach der Lösung aller Abhängigkeitsbindungen und nach dem Lebensstandard der hochentwickelten Völker, dessen Kenntnis durch die modernen Informations- und Werbemittel ausgebreitet wird.